Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister

Federführender Fachbereich **Recht, Sicherheit und Ordnung**	Drucksachen-Nr. **121/2009**
	X **Öffentlich** **Nichtöffentlich**
Mitteilungsvorlage	
für die Sitzung des	**Sitzungsdatum**
Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr	**01.04.2009**

Tagesordnungspunkt A 6

Mobile Geschwindigkeitsüberwachung - Zwischenbericht

Inhalt der Mitteilung:
@->
Seit 11.06.2008 erledigt die Stadt Bergisch Gladbach die mobile Geschwindigkeitsüberwachung in eigener Zuständigkeit. Im Zuge der Beratung in der Sitzung des Ausschusses am 12.12.2007 wurde angeregt, nach einem halben Jahr einen Zwischenbericht vorzulegen.

Zum 31.12.2008 ist folgender Sachstand festzuhalten:

Anzahl der Messstellen			118
Anzahl der Messstunden			1.097
Anzahl der Messungen (Fahrzeuge)			224.712
Anzahl der Verstöße			11.474
Verstoßquote			5,11 %
Ertrag:	Verwarnungs-/Bußgelder		177.980 €
Aufwand:	Personalaufwand	60.000 €	
	Sachaufwand	17.500 €	
	Messfirma	58.155 €	
	Insgesamt		135.655 €
Saldo:			42.325 €

Bei der Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist zu berücksichtigen, dass der Ertrag die Ist-Buchungen, also die eingegangenen Zahlungen bis zum 31.12.2008, darstellt. In diesem Berichtszeitraum fehlen daher die Erträge der Verstöße von ca. 4 Wochen. Darüber hinaus mussten in einer mehrmonatigen Anlaufphase die Erkenntnisse hinsichtlich der notwendigen Messintervalle der einzelnen Messstellen gesammelt werden. Schließlich dauerte während dieser Anfangsphase die Einrichtung der Messstellen naturgemäß noch relativ lange.

Mittlerweile liegen die notwendigen Erkenntnisse vor, ebenso läuft das Anfahren und Einrichten der Messstellen nunmehr reibungslos und weniger zeitaufwändig. Dadurch konnte die Effizienz der Arbeitserledigung gesteigert werden. Dies wird sich in Zukunft auf die Anzahl der Messungen und damit auf die Höhe der Erträge positiv auswirken. Die Verwaltung hat sich unter Berücksichtigung aller Fakten für 2009 ein Ertragsziel von 400.000 € gesetzt. Das wird bei einem Gesamtaufwand von 300.000 € zu einem Ergebnis von 100.000 € führen.

Die Entscheidung, die Messtätigkeit unter Aufsicht der Ordnungsbehörde durch einen externen Dienstleister erledigen zu lassen, hat sich als richtig erwiesen. Die Zusammenarbeit mit dem Auftragnehmer ist sehr gut, es hat bislang keinerlei von ihm zu verantwortende Ausfälle gegeben. Der Auftragnehmer ist jeder Zeit bereit und in der Lage, auf Wunsch der Ordnungsbehörde die Messtechnik (digital oder Radar) oder das Fahrzeug zu wechseln. Die Abstimmungen zwischen dem Messtechniker und der Ordnungsbehörde laufen reibungslos. Es hat bislang auch keine DV-technischen Probleme gegeben.

Zum Stichtag 30.06.2009 wird die Verwaltung einen weiteren Sachstandsbericht fertigen und dem Ausschuss, verbunden mit einem Vorschlag über die weitere Vorgehensweise im Hinblick auf den Vertragsablauf 10.12.2009, vorlegen.

<-@